

Offener Brief zur Positionierung gegen den Krieg gegen Rojava

In Rojava ist es in den letzten Jahren inmitten von Krieg und somit unter schwersten Bedingungen gelungen, ein grundlegend anderes Gesellschaftssystem aufzubauen. Eines, das den Religionen und Ethnien der Region ein friedliches Zusammenleben ermöglicht. Eines, das den Menschen dort die Chance auf Selbstbestimmung und ein freies Leben ermöglicht. Demokratie in allen Lebensbereichen, Frauenbefreiung und Ökologie sind die Grundpfeiler dieser Revolution.

Doch dieses Zusammenleben wird angegriffen, wie zuletzt durch den Angriffskrieg gegen Afrin, welcher sich vermutlich auf andere Teile Rojavas ausweiten wird. Es ist das erklärte Ziel der AKP-Regierung, die "Kurdenfrage" durch deren Unterwerfung zu lösen, auch mit deutschen Waffen. In Nordsyrien werden Ideen erprobt, die auch für unser Engagement von sehr großer Bedeutung sind, Ideen die uns inspirieren und uns Hoffnung geben:

Denn unsere Arbeit muss langfristig die gesellschaftliche Emanzipation zum Ziel haben.

Frauenbefreiung

In Afrin sowie in den anderen Regionen Rojavas wurden über die Jahre hinweg Strukturen aufgebaut, welche es Frauen ermöglicht haben, sich in jedem Lebensbereich autonom zu organisieren. Sie treffen ihre eigenen Entscheidungen und richten sich gemeinsam gegen jede patriarchale Logik und Unterdrückung. In den westlichen Medien erfolgte, wenn überhaupt, ausschließlich eine Berichterstattung über die gegen den Islamischen Staat kämpfenden Frauen. Dass dieser Kampf jedoch auch innerhalb der Gesellschaft durch Bildung und den Aufbau von Frauenräten geführt wird, bleibt unerwähnt. Ebenso wird schlichtweg ignoriert, dass eben jene Frauen, die zuvor noch als Anti-IS-Kämpferinnen glorifiziert wurden, nun von Erdogans Truppen und seinen islamistischen Verbündeten vernichtet werden sollen. Seit dem Einmarsch des türkischen Militärs in Afrin sind zudem zahlreiche Frauen und Mädchen aus der Zivilbevölkerung spurlos verschwunden.

Ökologie

Auch in den Regionen Nordsyriens wurde längst erkannt, dass die ökologische Uhr tickt. In Rojava wird sich gegen die kapitalistische Produktionsweise gewandt, da diese verantwortlich ist für die Zerstörung des Planeten, für die Verpestung der Luft und der Gewässer, für das Massensterben von Tieren und Pflanzen, für den katastrophalen Klimawandel. Zwar geht es kurzfristig um Naturschutz und Schadensbegrenzung, doch das Ziel der Revolution ist die Wiederherstellung des aus dem Gleichgewicht geratenen Verhältnisses zwischen Natur und Mensch. Denn die Natur ist es, welche unsere Lebensgrundlage bildet und nicht der Profit, der aus der Ausbeutung unserer Umwelt geschlagen wird. Der Krieg, der gegen Rojava geführt wird, zerstört all das, wovon die Menschen vor Ort gelebt haben – die Olivenbäume in Afrin sind bedroht, so viel Grün scheint durch das Bombardement einfach verschwunden zu sein und eine uralte Stadt mit vielen Kulturgütern soll nun geflutet werden.

Internationalismus

Der Konflikt, der sich in Afrin und Rojava abspielt, hat seine Wurzeln in einer imperialistischen, kapitalistischen Ökonomie. Also einer, die vor allem auf Profite und Absatzmärkte sowie günstige Ressourcen ausgerichtet ist. Auch deutsche Firmen handeln dieser Logik folgend: Einerseits durch Waffenexporte, wie beispielsweise des Leopardpanzers, welchen die türkische Armee für ihre Bodenangriffe in Afrin nutzt. Aber auch dadurch, dass der Widerstand der in Deutschland lebenden Kurd*innen durch Paragraph 129a und 129b ("Bildung terroristischer Vereinigungen / im Ausland") kriminalisiert wird und der deutsche Geheimdienst und die Polizei als verlängerter Arm von Erdogan dienen. Gegner des türkischen Regimes werden rigoros weggesperrt, kurdische Kulturvereine stehen unter permanenter Beobachtung. So wurden alle Bücher des Mesopotamienverlags beschlagnahmt, welcher Romane und Biografien über kurdische Widerständler*innen veröffentlicht, die kurdische Geschichte aufarbeitet und die Idee des Demokratischen Konföderalismus erklärt. Unsere kurdischen Freund*innen sind hier massiver Repression ausgesetzt, weswegen wir uns in der Verantwortung sehen, uns mit ihnen über alle Grenzen hinweg zu solidarisieren – mit allen in Rojava – mit allen, die hier Widerstand leisten – mit allen, weltweit.

Antirassismus und Flucht

Zahlreiche Menschen haben in den sieben Jahren syrischen Bürgerkriegs in der demokratischen Föderation Nordsyrien Zuflucht gesucht. Die dortige Selbstverwaltung zeigt eine Alternative zur europäischen Abschottungspolitik im Umgang mit flüchtenden Menschen auf. Geflüchtete haben von Beginn an volle politische Teilhabe und können so an der Gestaltung des multi-ethnischen und multi-religiösen Zusammenlebens mitwirken. Nun löst der Krieg Erdogans neue Massenfluchtbewegungen der Menschen in den angegriffenen Gebieten aus. Menschen, die beispielsweise aus Afrin vertrieben werden, haben in Deutschland allerdings schlechte Chancen auf Asyl. Denn die deutsche Regierung und ihre Behörden agieren in der „Kurdenfrage“ schon seit Jahrzehnten als verlängerter Arm der Türkei. Das PKK-Verbot dient allein dem Zweck, Kurd*in sein mit Terrorist*in sein gleichzusetzen. Diese rassistische Praxis stellt somit alle Kurd*innen unter Generalverdacht. Durch diese massive Kriminalisierung wird verhindert, dass genau die Menschen, die durch Erdogans faschistische Ideologie politisch verfolgt werden, deren Häuser mithilfe deutscher Technologien und Rüstungsgüter zerstört wurden, hier in Sicherheit leben können.

Frieden und Antimilitarismus

Afrin, der westliche Kanton von Rojava, war bis zum 20.01.2018, laut UN Aussage, der sicherste und friedlichste Ort in ganz Syrien. Denn seit nun bereits fünf Jahren wird durch das Modell des „Demokratischen Konföderalismus“ versucht, den permanenten Krieg in einen stabilen Frieden umzuwandeln. Es wurde geschafft, Schritt für Schritt wieder in den Alltag überzugehen und durch die gesellschaftliche Umgestaltung Frieden zwischen den verschiedenen Volksgruppen und Religionen zu schaffen.

Dieses neue Gesellschaftsmodell bietet der ganzen Region eine neue Perspektive und eine Möglichkeit aus alten Rivalitäten, Feindschaften und Glaubenskonflikten auszubrechen und diese zu überwinden. Doch seit dem 20.01.2018 wurden vom türkischen Militär und djihadistischen Truppen über 600 Zivilisten getötet und über 1000 verletzt. Bei diesem Krieg profitiert Deutschland durch den Waffenhandel mit Erdogan und ist somit Kriegspartei.

Für eine Ende des Krieges – für den Frieden in Rojava, Nordsyrien

All diese Werte, all das, wofür Menschen jahrelang gekämpft haben, wird ohne den Hauch eines schlechten Gewissens zerstört und Deutschland macht mit. Der Großteil der internationalen Gemeinschaft schweigt und schaut zu, wie genau diejenigen ermordet und vertrieben werden, welche zuvor noch gut genug dafür waren, gegen den Islamischen Staat zu kämpfen.

Diese erbärmliche und menschenverachtende Haltung der Bundesregierung sowie aller Kriegsprofiteure gegenüber dem Krieg gegen die Kurd*innen erfordert eine gemeinsame und entschlossene Antwort. Unsere Antwort lautet Widerstand. Wir werden nicht aufgeben, bis diese Ungerechtigkeiten ein Ende finden, deshalb fordern wir:

- Die Anerkennung Rojavas als autonome Selbstverwaltung.
- Die öffentliche Berichterstattung über die Revolution als eine Frauenrevolution.
- Die Anerkennung der Selbstverteidigungseinheiten YPJ/YPG als Partner*in im Kampf gegen den IS und damit Unterstützung der YPJ/YPG gegen die Aggression der Türkei.
- Eine kritische Berichterstattung über den türkischen Angriffskrieg und den anstehenden Besuch Erdogans in Berlin.
- Eine klare Positionierung der Bundesregierung und ein öffentliches Eingeständnis der eigenen Verantwortung.
- Einen Stopp deutscher Waffenexporte – insbesondere an die Türkei.
- Die Schließung aller Waffenfabriken von Heckler&Koch in der Türkei.
- Ein sofortiges Ende der EU-Beitrittsgespräche mit der von Erdogans AKP regierten Türkei.
- Die sofortige Beendigung aller 129b-Verfahren gegen Kurd*innen und den entsprechenden Organisationen, inklusive dem Mesopotamienverlag.
- Die sofortige Freilassung der gefangenen kurdischen Aktivist*innen.
- Ein Ende der Inhaftierung Abdullah Öcalans.
- Ein Ende der ewigen Verbote von Fahnen und Flaggen, darunter auch das Bild von Abdullah Öcalan.